

15. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Integration konkret (I): MigrantInnen in den Öffentlichen Dienst!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst gezielt zu erhöhen. Hierzu werden bei Ausschreibungen von Ausbildungsplätzen und freien Stellen in allen Bereichen des Öffentlichen Dienstes (der Hauptverwaltung und den Bezirksverwaltungen, den nachgeordneten Einrichtungen, den nichtrechtsfähigen Anstalten und den unter ihrer Aufsicht stehenden Eigenbetrieben), Migrationshintergrund und Sprachkenntnisse als Zusatzkriterien aufgeführt.

Unterstützend wird eine Kampagne zur Werbung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung im Öffentlichen Dienst, bzw. für ein Studium zur Befähigung im Öffentlichen Dienst gestartet. Diese Kampagne hat folgende Elemente:

- a) Eine Werbeaktion über Plakate, Presse und elektronische Medien (Internet und Rundfunk),
- b) gezielte Werbe-Veranstaltungen für SchülerInnen mit Migrationshintergrund, um Berufe des Öffentlichen Dienstes vorzustellen,
- c) gezieltes „Headhunting“ unter qualifizierten SchülerInnen und Studierenden mit Migrationshintergrund,
- d) Angebot eines auf den Öffentlichen Dienst ausgerichteten Bewerbungstrainings für MigrantInnen,
- e) Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Migrantenverbänden bei der Werbung für die Ausbildung im Öffentlichen Dienst und dem Bewerbungstraining.

Die Finanzierung erfolgt unter Verwendung der zur Umsetzung des Migrationskonzeptes bereit gestellten Mittel und des Verwaltungsreform-Etats.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.

Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Begründung:

Ca. 13 Prozent der Berliner Bevölkerung aber weniger als 2 Prozent der Beschäftigten im Berliner Öffentlichen Dienst haben einen Migrationshintergrund. Auch unter den Auszubildenden der Berliner Öffentlichen Verwaltung ist der MigrantInnenanteil nach wie vor viel zu gering. Genaue Daten liegen jedoch nur für ausländische StaatsbürgerInnen vor. Ihr Anteil an den Azubis betrug 2004 nur 0,9 Prozent. Diese Quote ist seit 1992 von damals 6,4 Prozent kontinuierlich gesunken.

In der Mitteilung zur Kenntnisnahme "Ein Integrationskonzept von Berlin" (Drs 15/4208) hat der Senat angekündigt, bei Neueinstellungen und in der Ausbildung für den Öffentlichen Dienst den Anteil von MigrantInnen zu erhöhen. Die Gründung des beruflichen Qualifizierungsnetzwerks für Migrantinnen und Migranten Berlin (BQN) ist diesbezüglich zu begrüßen.

Um die interkulturelle Öffnung der Öffentlichen Verwaltung auf allen Ebenen durchzusetzen, benötigt der Öffentliche Dienst dringend die besonderen Fähigkeiten von MigrantInnen. Gefragt sind die Sprachkenntnisse aber auch die Kenntnisse über kulturelle Besonderheiten aufgrund der jeweiligen Herkunft. Deswegen sollten Bewerbungen von MigrantInnen nicht nur ausdrücklich begrüßt, sondern Migrationshintergrund und Sprachkenntnisse als besondere Zusatzkriterien in Ausschreibungen aufgeführt werden. Interkulturelle Kompetenz muss sich auch als Kriterium in den Einstellungstests niederschlagen.

Einige Studien, wie die vom Senat in Auftrag gegebene Expertise des Heidelberger Instituts für Arbeit und Bildung, belegen, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund, auch wenn sie die gleichen formalen Bildungsqualifikationen wie junge Deutsche nachweisen können, tatsächlich größere Schwierigkeiten beim Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung haben. Dies hat unterschiedliche Gründe.

Die Einstellungstests stellen für Jugendliche mit Migrationshintergrund eine große Hürde dar. Es ist darum richtig, im Rahmen der schulischen Bildung die Verbesserung der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistungen von MigrantInnen anzustreben. Ein gezieltes Bewerbungstraining für MigrantInnen könnte darüber hinaus spezifische Schwierigkeiten bei den Einstellungsprüfungen abbauen.

Allerdings ist die unzureichende Eignung und Befähigung nur **einer der Gründe** für eine geringe Repräsentation der MigrantInnen im Öffentlichen Dienst. Weitere Gründe sind mangelhafte Informationen über die Möglichkeiten der Ausbildung und Einstellung und die verbreitete Meinung unter Menschen mit Migrationshintergrund, dass für diese Stellen Deutsche ohne Migrationshintergrund bevorzugt würden. Viele junge Menschen mit Migrationshintergrund streben eine Tätigkeit oder Ausbildung in der Verwaltung erst gar nicht an, weil sie selbst meist kaum MitarbeiterInnen im Öffentlichen Dienst kennen, die als Vorbilder dienen könnten.

Diese mentalen Zugangsbarrieren sollten über eine auf Jugendliche mit Migrationshintergrund ausgerichtete Werbekampagne für den Öffentlichen Dienst abgebaut werden. Hierzu ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit den MigrantInnenverbänden erforderlich, die beratend, als Partner und Multiplikatoren einer solchen Werbekampagne und bei der Durchführung des Bewerbungstrainings (nach Vorbild des TBB für die BewerberInnen bei der Berliner Polizei) unterstützend tätig werden können.

Berlin, den 03. Januar 2006

Dr. Klotz Ratzmann Birk Villbrandt Mutlu
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen